SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Kein Glückwunsch

Kaufmann, Franz-Xaver

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kaufmann, F.-X. (2003). Kein Glückwunsch. *Zeitschrift für Familienforschung*, *15*(3), 299-302. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-283092

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Franz-Xaver Kaufmann

Kein Glückwunsch

Die Familienpolitik ist kein Ruhmesblatt deutscher Politik. Trotz ihrer Institutionalisierung auf Ministerebene und erheblicher Bemühungen der hierfür jeweils Verantwortlichen ist sie stets im Windschatten der „großen Politik“ geblieben und hat kaum je eine nachhaltige Unterstützung der politischen Eliten erfahren. Dies kontrastiert auffällig vor allem mit Frankreich, dem Musterland europäischer Familienpolitik. Aber auch in Ländern wie Schweden oder Großbritannien, welche keine explizite Familienpolitik kennen, ist die Unterstützung von Familien bzw. von Frauen und Kindern vergleichsweise gut ausgebaut. Im internationalen Vergleich erscheint Deutschland als ein Land, das auf der deklamatorischen Ebene der Familie und ihrer Förderung große Bedeutung zumisst, während die Implementation einer an den Belangen von Eltern und ihren Kindern orientierten Politik zu wünschen übrig lässt.[1]

Die Schwäche deutscher Familienpolitik ist nicht nur auf die nahezu ununterbrochene Gegnerschaft des Bundesfinanzministeriums zurückzuführen. Sie hat ihren Grund primär in den *konzeptionellen und ideologischen Gegensätzen*, welche die Familienpolitik seit ihren Anfängen begleitet haben. Praktische Familienpolitik begann als selektive Politik der Förderung bestimmter Bevölkerungsgruppen im Dritten Reich und wurde von selektiver Ausrottung anderer Bevölkerungsgruppen begleitet. Das nannte man zusammenfassend Bevölkerungspolitik, ein seither in Deutschland dauerhaft kontaminierter Begriff. Während unter dem Besatzungsregime nach dem Zusammenbruch Familien und Kinder keine eigenständige Zielgruppe der Sozialpolitik bildeten, wurde nach der Neugründung der Bundesrepublik 'Familienpolitik' vor allem ein Anliegen der katholischen Kirche und von Katholiken in der CDU, allerdings auch von unabhängigen Sozialwissenschaftlern wie Gerhard Mackenroth und Hans Achinger.[2] Im Vordergrund der Begründungen standen dabei das demographische (Furcht vor Überalterung) und das familieninstitutionelle Motiv: Die Stärkung der Familie als Wert an sich, wobei sich mit „Familie“ durchaus traditionelle Vorstellungen der kinderreichen Hausfrauenehe verbanden. Diese dem restaurativen Zeitgeist kongeniale traditionalistische Schlagseite der ursprünglichen, von Familienminister Wuermeling propagierten

1 Vgl. Franz-Xaver Kaufmann; Familienpolitik in Europa. In: 40 Jahre Famlienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Rückblick/Ausblick. Festschrift, herausgegeben vom Bundesministerium für Familie und Senioren. Neuwied 1993, S. 141-167; ders.: Politics and policies towards the family in Europe: A framework and an inquiry into their differences and convergences. In: Franz-Xaver Kaufmann, Anton Kuijsten, Hans-Joachim Schulze und Klaus Peter Strohmeier (Eds.): Family life and family policies in Europe. Vol. 2: Problems and issues in comparative perspective. Oxford 2002, S. 419-490.

2 Vgl. Ursula Münch: Familienpolitik. In Geschichte der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und dem Bundesarchiv. Band 3/1, Bundesrepublik Deutschland 1949-1957, Kapitel I-II/10.1 (in Vorbereitung).

Familienpolitik erregte vielfältigen Widerspruch, vor allem von sozialdemokratischer und frauenrechtlicher Seite.[3] Der Konflikt zwischen mittelstandsorientierter (CDU) und armutspräventiver (SPD) Familienpolitik, ausgetragen als Streit um die Rolle von Kindergeld und Steuerfreibeträgen im Familienlastenausgleich,[4] scheint durch die von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ausgelöste jüngste Reform nun einigermaßen geschlichtet. Bis heute hat die Familienpolitik in Deutschland jedoch mit dem Vorwurf zu kämpfen, sie wolle die Frauen in die Familie zurückdrängen. Es herrscht also trotz der gemeinsamen Ressortierung die Auffassung vor, es bestehe ein Widerspruch zwischen Familien- und Frauenpolitik.

Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte im Umstand zu suchen sein, dass die Bereitstellung sozialer Dienste zur zeitverlässlichen Kinderbetreuung, welche die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit erleichtern, nicht Bundes-, sondern Ländersache, wenn nicht gar eine kommunale Angelegenheit ist. Ähnliches gilt für die Wohnungs- und Wohnumfeldpolitik. So bleibt dem Familienministerium im wesentlichen nur die monetäre Familienförderung überlassen, und selbst in dieser Hinsicht wurde es amputiert. Denn seit der letzten Reform des Familienlastenausgleichs ressortiert das Kindergeld beim Finanzminister, womit man den Bock zum Gärtner gemacht haben dürfte.[5] Die *Zersplitterung der familienpolitischen Kompetenzen* ist ein weiterer, vielleicht der heute wichtigste Grund für die Schwäche der Familienpolitik in Deutschland.

Wenn die Familienpolitik aus der Aschenputtel-Ecke der deutschen Sozialpolitik herauskommen will, so kann ihr dies nur gelingen, indem sie Anschluss an Politikfelder sucht, die nicht federführend beim Familienministerium ressortieren. Sie muss verdeutlichen, inwiefern die Ziele, welche andere Politikebenen (z.B. Kommunen) oder Ressorts (z.B. Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik) verfolgen, auf die Leistungen von Eltern angewiesen sind. Eine theoretische Grundlage hierfür hat die Sachverständigenkommission für den Fünften Familienbericht entwickelt, wobei insbesondere das Konzept des *Humanvermögens* und der damit verbundene kompetenztheoretische Ansatz hervorgehoben sei.[6] Humanvermögen meint die Gesamtheit der Kompetenzen, welche die einer Gesellschaft zuzurechnenden Individuen in die verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhänge (Wirtschaft, Staat, Kultur, Familie usw.) einbringen. Leider hat das Ministerium von

3 Vgl. Robert G. Moeller: Geschützte Mütter. Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik. München 1997; Klaus-Jörg Ruhl: Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit (1945-1965). München 1994.

4 Vgl. Dagmar Nellesen-Strauch: Der Kampf um das Kindergeld. Düsseldorf 2003.

5 Zu den vielfältigen finanz- und steuerpolitischen Widersprüchen der Familienförderung in Deutschland vgl. Hessische Staatskanzlei (Hrsg.): Die Familienpolitik muss neue Wege gehen! Wiesbaden 2003.

6 Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht. Hrsg. Bundesministerium für Familie und Senioren. Bonn 1994; vgl. insb. S. 26 ff., 243 ff.- Für eine weitere Ausarbeitung siehe Hans-Günter Krüsselberg u. Heinz Reichmann (Hrsg.): Zukunftsperspektive Familie und Wirtschaft. Vom Wert von Familie für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Grafschaft 2002.

diesem auch an die wirtschaftspolitisch relevante Humankapitaltheorie anschlussfähigen Konzept kaum Gebrauch gemacht.

Angesichts des statistisch seit 30 Jahren registrierten *Nachwuchsmangels*, der nun langsam auch praktisch in allen Lebensbereichen spürbar und sich in den kommenden Jahrzehnten deutlich verschärfen wird,[7] kann sich auch das Familienministerium nicht mehr um die natalistische oder „bevölkerungsbewusste"[8] Komponente der Familienpolitik drücken. Will man den bevölkerungspolitischen Diskurs vermeiden, und hierfür gibt es auch unabhängig von der nationalsozialistischen Vergangenheit gute Gründe,[9] so bedarf es alternativer Diskurse, um das Problem ausreichenden Nachwuchses auf die politische Tagesordnung zu bringen. Bei den seit drei Jahrzehnten andauernden, die Reproduktion nur noch zu zwei Dritteln gewährleistenden Fertilitätsverhältnissen in der Bundesrepublik haben 1000 Frauen nur noch 667 Töchter, 444 Enkelinnen und 296 Urenkelinnen. Der Bevölkerungsrückgang beginnt derzeit unmerklich, aber je mehr er an Fahrt gewinnt, desto schwieriger wird er zu bremsen oder gar anzuhalten sein.

Nachwuchssicherung ist ein Problem der Humankapital- und Humanvermögensbildung, nicht der Geburtenrate. Es kommt nicht primär auf die Zahl der Köpfe an, sondern darauf, was in ihnen steckt! Aber da man in einen Kopf nicht beliebig viel stecken kann, die Intensivierung von Bildungsanstrengungen somit auf Grenzen stößt, kommt es *auch* auf die Zahl der Köpfe an. Die Nachwuchsproblematik lässt sich also nur durch eine Verknüpfung von familienpolitischen und bildungspolitischen Diskursen angemessen auf die politische Tagesordnung bringen. Zudem lässt sich der Diskurs auch durch frauenpolitische (Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit), jugendpolitische (Orientierungs- und Integrationsprobleme), rentenpolitische (Lücke der Beitragszahler) und wirtschaftspolitische (Innovation nur durch ausreichenden Nachwuchs) Argumente anreichern.

Das zentrale Problem der Familienpolitik in Deutschland ist die zunehmende dauerhafte Kinderlosigkeit der jüngeren, insbesondere der gut ausgebildeten Frauen. Diese Kinderlosigkeit ist überwiegend unbeabsichtigt, ergibt sich aber als Konsequenz von Lebensverläufen, die für Kinder und vielfach sogar für dauerhafte Partnerschaften weder Zeit lassen noch Raum geben. Zudem ist es wirtschaftlich vorteilhafter, auf Kinder zu verzichten, dafür sorgt vor allem unser Rentensystem. Es geht im Kern um die Entwicklungschancen von Familie in Deutschland bzw.

7 Zu den Folgen vgl. bereits Franz-Xaver Kaufmann: Makrosoziologische Überlegungen zu den Folgen eines Bevölkerungsrückgangs in industriellen Gesellschaften. In: Ders. (Hrsg.): Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Stuttgart 1975, S. 35-75. Und neuerdings: Deutsche Bank Research: Deutsches Wachstumspotential vor demographischer Herausforderung. Aktuelle Themen Nr. 277, 14. Juli 2003; Christian Leipert (Hrsg.): Demographie und Wohlstand . Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft. Opladen 2003.

8 Vgl. Max Wingen: Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen einer bevölkerungsbewußten Familienpolitik – ein erneutes Plädoyer. In: ders., Familienpolitische Denkanstöße. Grafschaft 2001, S. 147-208.

9 Vgl. Franz-Xaver Kaufmann: Warum nicht Bevölkerungspolitik? In: S. Rupp u. K. Schwarz (Hrsg.): Beiträge aus der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung. Festschrift für Hermann Schubnell. Boppard am Rhein 1983, S. 35-44.

um die Attraktivität familialer Karrieren für junge Frauen und Männer. Es geht um biographische Entscheidungen, die heute weit weniger als je zuvor durch Tradition und die „Natürlichkeit" der Fortpflanzung gesichert sind. Und es geht auch um die Lebensmöglichkeiten der größeren Familien, denn schließlich sind es nur die Familien mit drei und mehr Kindern, welche die demographische Balance wieder etwas ins Gleichgewicht bringen können. Diese zentralen Themen bleiben in der deutschen Politik verdrängt, wie beispielsweise der Bericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel" des Deutschen Bundestages zeigt.[10] Selbst das Familienministerium scheint einem *demographischen Fatalismus* zu huldigen, also ob es nicht auch von den politischen Vorgaben abhinge, wie viele und wie große Familien in Deutschland gegründet werden.[11]

Dies ist kein Glückwunsch zum fünfzigjährigen Bestehen des Familienministeriums, sondern Kritik aus einer immer noch verdrängten Perspektive. Selbstverständlich ist das Aufgabenfeld der Familienpolitik breiter, wie der eindrückliche Beitrag von Max Wingen in diesem Bande zeigt. Allmählich scheint auch in der Öffentlichkeit das Bewusstsein zu wachsen, dass Deutschland ohne mehr Kinder bald auch in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht buchstäblich „alt aussehen wird". Für diese Problematik fehlt es angesichts der Schatten der Vergangenheit noch an eingängigen Worten. „Ohne Kinder keine Zukunft" ist ein Slogan, dessen sich heute auch ein deutsches Familienministerium nicht zu schämen brauchte.

Anschrift des Autors

Prof. Dr. oec. DDr. h.c. Franz-Xaver Kaufmann
Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
Postfach 100 131
D-33501 Bielefeld

Tel.: ++49 0521/106-4617
Fax: ++49 0521/106-6474
Email: f.x.kaufmann@uni-bielefeld.de

10 Enquête-Kommission Demographischer Wandel: Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Hrsg. Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Berlin 2002.

11 Grundlegendes hierzu (mit weiterer Literatur) bei Wingen, Notwendigkeiten .. einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik (Fußnote 8); ferner Max Wingen: Ein erneutes Plädoyer für eine bevölkerungsbewusste Familienpolitik. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27, 2002, S. 69-85. Es sei festgehalten, dass die Schriftleitung der Zeitschrift diesen Artikel nicht ohne eine distanzierende Vorbemerkung glaubte veröffentlichen zu sollen.